„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des Deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens; Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsbriefträgern Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Blatt „ULK“, der frühst. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; bei direkter Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

# Berliner Tageblatt.

Nummer 513. Berlin, Sonntag, den 9. Oktober 1898. XXVII. Jahrgang.

## Politische Wochenschau.

Von
**Arthur Levysohn.**

Die friedliche Kreuzfahrt nach Palästina, die der Kaiser am 12. Oktober antritt, regt die Phantasie der Zeitgenossen aufs Mächtigste an. Abgesehen von den traditionellen Widersachern jedes deutschen Beginnens, die dem Kaiser ganz machiavellistische Pläne im Betreff der politischen Zwecke dieses Herbstausflugs unterschieben, sind es im eigenen Lande gewisse Espenlaubpolitiker, die sich nicht genug thun können an allerhand Kassandrarufen, mit denen sie die Kunde der nicht mehr rückgängig zu machenden Kaiserreise mehr oder weniger harmonisch begleiten. Da wird allerhand gefabelt über die angeblich bedrohte persönliche Sicherheit des Kaiserpaares, da wird für den Gang der politischen Geschäfte die reine Anarchie prophezeit, und die Dinge erscheinen derart auf den Kopf gestellt, daß man meinen sollte, es müsse ohne die persönliche Initiative des Monarchen, die wir nun längere Zeit hindurch zu entbehren haben würden, das deutsche Land und Volk an den Rand des Abgrundes gerathen.

Das Ereigniß wird ohne Zweifel beweisen, daß diese pseudo-patriotischen Beklemmungen durchaus grundlos waren. Man wird die Erfahrung machen, daß ausreichende Sicherheitsmaßregeln zum Schutze der hohen Reisenden getroffen zu werden vermochten, man wird es erleben, daß auch ohne das persönliche Regiment das Reich nicht verloren ist, und daß die politischen Geschäfte ihren ruhigen Gang weiter gehen, wie sie weiter gegangen sind während der sonstigen Abwesenheiten des Souveräns vom Mittelpunkte unseres politischen Getriebes. Man darf ferner übersegnet sein, daß die internationale Lage keine irgendwie ernste Verwickelung für uns in Aussicht stellt, denn sonst würden die für die politische Hochwacht bestellten Beamten, Kanzler wie Minister, schwerlich den Monarchen in seiner Reiselust bestärkt haben, und da in der Begleitung des Kaisers sich außerdem der Staatssekretär des Aeußeren und für das preußische Ministerium der Kultusminister befinden werden, so braucht man auch für die nothwendige Verbindung zwischen Berlin, Konstantinopel und Jerusalem, um nur die Hauptetappen zusammenzufassen, in keiner Weise besorgt zu sein. Der Telegraph wird auch hier, wie stets bisher, seine Schuldigkeit thun.

Zu alledem kommt noch, daß nach der freien Entschließung Kaiser Wilhelms, die er im letzten Kronrath den Ministern mitgetheilt, seine Orientfahrt eine Verkürzung um volle drei Wochen erfahren hat. Der Verzicht auf den Ausflug nach Egypten erfolgt, wie versichert wird, lediglich im Hinblick auf innerpolitische Angelegenheiten. Der neugewählte Reichstag soll durch den Souverän in eigener Person eröffnet werden. Die Berathung der vorbereiteten Vorlagen soll mithin keine Verzögerung durch die Abwesenheit des Monarchen erfahren. Man wird natürlich auch in diesem Falle behaupten, es seien für den Verzicht auf die egyptische Reise auch Gründe der auswärtigen Politik maßgebend gewesen. Die Einen werden darin ein Abrücken von England erblicken, weil die Anwesenheit Kaiser Wilhelms in Egypten gewissermaßen einer Sanktionirung der englischen Herrschaft am Nil gleichgekommen wäre. Die Andern werden in der Verkürzung der Reisedauer eine Konnivenz gegen Frankreich finden, dem man habe den Schmerz ersparen wollen, sich nicht nur in Syrien, sondern auch im Lande der Pyramiden in seinem Prestige bedroht zu sehen. Aber alle derartigen Anstrengungen kann man getrost in das Reich der Fabeln verweisen.

Ob sonst tief angelegte politische Pläne diese Reise nach dem Osten hervorgerufen haben, darf im Uebrigen durchaus zweifelhaft erscheinen. Zur Erklärung für die Fahrt ins gelobte Land mag der romantische Zug für ausreichend gelten, der unseren Kaiser auszeichnet. Gewiß, die Sicherheit, durch sein persönliches Erscheinen bei der leicht zu entflammenden Phantasie der orientalischen Völkerschaften für Deutschland ein höheres Prestige zu erlangen, als man ihm dort bisher zuerkannte, kann bei der Entstehung des Reiseplanes kräftigend mitgewirkt haben. Allein man überschätzt wohl die vorliegenden Möglichkeiten, wenn man an das Projekt der Einweihung einer evangelischen Kirche auf palästinensischem Boden die Unterstellung knüpft, daß der Kaiser die Stellung einer Vormacht im heiligen Lande ambitionire. Für unseren Handelsverkehr mit dem Orient, für die Ausfuhr unserer Gewerbfleißerzeugnisse in die bereisten Landstriche, für die Verwendung deutschen Kapitals in Kleinasien u. s. w. mag das erhöhte Ansehen des deutschen Reiches, das man als nächste Folge der Kaiserreise erwarten darf, von besonderer Tragweite sich erweisen, — aber darüber hinaus werden sich alle Spekulationen und Kombinationen sicherlich als trügerisch herausstellen. Das freundschaftliche Verhältniß zum Sultan gehört zu den stets festgehaltenen Ueberlieferungen der preußischen Politik, aber diese Freundschaft blieb bisher doch immer in gewissen platonischen Grenzen, die sie auch jetzt schwerlich überschreiten dürfte.

Daß während der Reise unseres Kaisers keine großen auswärtigen Verwickelungen befürchtet werden, liegt auf der Hand. Daran ändert auch nichts der Umstand, daß die famose Delagoabefrage von der englischen Presse neuerdings so auffällig in den Vordergrund gerückt worden ist, daß unser Alldeutschverband und die Deutsche Kolonialgesellschaft sich veranlaßt fühlten, nahezu eine offene Absage an Kaiser und Kanzler zu richten. Die Herren gingen in ihrem chauvinistischen Uebereifer bereits so weit, unsere obersten Reichsämter des Verraths an den heiligsten deutschen Gütern zu zeihen, obwohl sie über den eigentlichen Inhalt des beargwöhnten Uebereinkommens mit England genau ebenso im Dunkel tappten wie nur irgend ein anderer uneingeweihter Reichsbürger. In den Büreaus der Wilhelmstraße scheint man allerdings den also erregten Sturm im Wasserglase nicht gar zu tragisch zu nehmen, nachdem man der Welt durch den feierlichen Empfang des Transvaalgesandten, Mr. Leyds, dargethan, daß unsere Beziehungen zur Burenrepublik nach wie vor die kordialsten geblieben. Das geheimnißvolle Uebereinkommen, das sich mehr und mehr als ein Eventualvertrag zu entpuppen beginnt, also als ein Uebereinkommen, das, bevor es in Kraft tritt, das Eintreten vorhergesehener, aber noch nicht stattgehabter Zwischenfälle erfordert, dieser Vertrag hat nur als Symptom eine gewisse Bedeutung. Als Symptom nämlich einer zwischen Deutschland und England möglichen Verständigung, deren Gegenschlag, wenigstens was die afrikanischen Fragen anbelangt, lediglich in Frankreich peinlich zu berühren vermöchte.

Frankreich aber, das sich in inneren Kämpfen und Krämpfen windet, sah zu seiner Dreyfus- und Picquart-Affäre, die nun in ruhigeres, juristisches Fahrwasser flugsirt erscheint, nicht nur die Faschoda-Frage hinzutreten, die es mit England ernstlich zu entzweien droht, sondern auch noch durch den Generalstreik der Straßenarbeiter in Paris die öffentliche Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt in bedenklicher Weise gefährdet. Die Aufständigen, die sich aus den verschiedensten Arbeiterklassen rekrutiren, scheinen nicht übel gewillt, auf revolutionärem Wege für ihre Forderungen sich Erfüllung zu sichern. Schon sahen die Machthaber sich genöthigt, größere Truppenmassen aus der Provinz nach der Hauptstadt zu berufen, um die bedrohte öffentliche Ordnung nöthigenfalls mit Waffengewalt zu verbürgen. Dabei bleibt immer die Voraussetzung, daß die bürgerliche Republik sich auf die ihr zu Gebote stehenden Truppen verlassen kann. Auch das ist eine Frage, die man nicht ohne Weiteres im Voraus zu bejahen im Stande scheint. Ist doch Paris der klassische Boden der Verbrüderungen des Militärs mit den Helden der Revolution, was allerdings seinerzeit die Cavaignacsche Junischlacht und die blutige Niederwerfung der Kommune durch Mac Mahon nicht verhindert hat. Jedenfalls aber sind diese beginnenden Massenmuthen in Paris ein Zeichen, daß eine Generation herangewachsen ist, die die blutigen Kämpfe der Kommune nur noch vom Hörensagen kennt, und die bereit ist, sich einem abermaligen Aderlaß dieser Art auszusetzen.

Wenn die Tage der Kommune in Frankreich den Massen wie von einem revolutionären Heiligenschein umwoben erglänzen, so scheint man in Deutschland von der Ueberschätzung dieses sozialistischen Experiments selbst in den Reihen der sozialdemokratischen Partei einigermaßen zurückgekommen zu sein. Diese Anschauung kam wenigstens auf dem Stuttgarter Parteitage der deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck, ohne lebhaften Widerspruch hervorzurufen, wie denn überhaupt auf dem Stuttgarter Tage die sozialistischen Opportunisten und Gegenwartskämpfer entschiedener als je den Vertretern des starren Marxschen Dogmatismus und des zu erstrebenden Zukunftsstaates gegenübertraten. Wohl waren die „Parzen“ der Sozialdemokratie, die Damen Zetkin und Luxemburg, mit Feuereifer dabei, die Redefackeln revolutionärer Tiraden zu schwingen, — aber sie wurden von Vollmar und Anderen mit jenem überlegenen Humor abgethan, vor dem jede Phrasenseifenblase, mag sie auch noch so blutroth schillern, schmählich zerplatzen muß. So viel auch über das im Auge zu behaltende „Endziel“ der Sozialdemokratie gesprochen wurde, die praktischen Gegenwartsbestrebungen wußten sich in immer erneuter Gestalt Platz und Gehör zu verschaffen, so daß von den revolutionären Bestrebungen gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung verzweifelt wenig auf der Oberfläche blieb. Auch die Sozialdemokratie beginnt anzuerkennen, daß nur der Lebende Recht hat, und auch in ihren Kreisen bläumt man sich blos noch pro forma gegen die alte Volksweisheit auf, daß ein Sperling in der Hand mehr werth ist denn zehn Tauben auf dem Dache.

Mit dieser Haltung hat man im Uebrigen einen nicht ungeschickten Gegenstreich wider jene Bestrebungen geführt, die demnächst in der Anti-Anarchistenkonferenz gipfeln sollen, zu der die Einladungen soeben von der italienischen Regierung erlassen worden sind. Der ganze Verlauf des Stuttgarter Kongresses bewies, wie sehr Diejenigen im Rechte waren, die Anarchisten und Sozialdemokraten durch eine unüberbrückbare Kluft für getrennt erklärten. Die heutige Sozialdemokratie wendet sich schaudernd von der Propaganda der That ab, und die Legende von dem Bevorstehen des „großen Kladderadatsch“ wurde, wenn man so sagen darf, durch den Uebergang zur einfachen Tagesordnung beseitigt. Damit vereinfacht sich, allerdings zum brennenden Schmerz der Stumm und Genossen, die Aufgabe der Konferenz gegen den Anarchismus und seine Bekenner ganz außerordentlich. Die Anarchisten, die sich bewußt gegen Gesetz, Ordnung und Recht auflehnen, und die nicht mit geistigen Waffen, sondern meuchlerisch mit dem Stilet oder der Sprengbombe für ihre Ueberzeugungen kämpfen, stellen sich damit von selbst außerhalb des Rahmens der civilisirten Gesellschaft unserer Tage, und für sie hegt man weder im Asylrechtslande der Schweiz noch in England oder in Belgien irgendwelche Sympathien.

Seltsam muthet es freilich an, wenn man vernimmt, daß der Sultan, indem er seine prinzipielle Zustimmung zu der italienischen Anregung erklärte, auch die Reformpartei der Jungtürken und die aufstandslüsternen Armenier den westeuropäischen Anarchisten assimilirt sehen wollte. Das könnte dem Padischah allerdings passen, wenn man die politischen Strebungen dieser offenen oder latenten Revolutionäre mit den Anarchisten über einen Kamm scheeren würde. Allein daran ist um so weniger zu denken, als die Quadrupelalliance Frankreichs, Rußlands, Englands und Italiens ja auf der Insel Kreta selbst solche christlichen Insurgenten, die Abdul Hamid als Anarchisten betrachtet, mit ihrer Autorität deckt. Die Zustände auf dieser unglücklichen Insel heischen dringendst eine Beschichtigung, die für jetzt nur in der Abberufung der türkischen Besatzung gefunden wird. Noch sträubt man sich in Konstantinopel ein wenig, dieser Vorschrift der vier Mächte sich anzubequemen. Vielleicht hofft man in Yildiz-Kiosk sogar, daß Kaiser Wilhelm dem Gastfreunde einen rathsamen Ausweg zuflüstern werde, — allein, wie sich Diejenigen täuschen, die dem deutschen Kaiser auf seiner Orientfahrt direkte politisch-egoistische Zwecke unterschieben, so dürften sich auch die Türken irren, wenn sie glauben, der deutsche Gast werde sie von dem kretischen Alp zu erlösen vermögen.

## Der deutsch-englische Vertrag in portugiesischer Beleuchtung.

(Von unserem Korrespondenten.)

☞ **Lissabon**, 4. Oktober.

Ueber den angeblichen Verkauf oder Verpachtung der **Delagoa-Bai** bin ich in der Lage, aus guter Quelle Ihnen folgende Darstellung zu geben:

Die deutsche Regierung, welche in den engeren Beziehungen Englands zu Portugal eine Gefahr für ihren Einfluß und ihre Interessen in Südafrika erblickte und befürchtete, daß früher oder später zwischen der englischen und portugiesischen Regierung ohne Deutschlands Bewußtsein eine Abmachung betreffs der portugiesischen Kolonien zu Stande kommen könne, hatte, um sich vor etwaigen Ueberraschungen dieser Art zu sichern, die Initiative ergriffen, sich mit England in ein Vertragsverhältniß zu setzen, welches die Ansprüche der beiden Großmächte betreffs der portugiesischen Kolonien in Afrika regeln sollte. Wie bekannt, hat sich England nach dem Konflikt mit Portugal im Jahre 1890 in seinem Vertrage mit Portugal das Vorrecht der Option gesichert für den Fall, daß Portugal einmal in die Lage kommen sollte, seine Kolonien oder einen Theil derselben zu veräußern oder anderweitige Kompromisse darüber abzuschließen.

Die deutsch-englische Konvention stellt nun eine gewisse Gleichberechtigung beider Mächte gegenüber dem portugiesischen Kolonialbesitz dar, deren Einzelbestimmungen vermuthlich zwischen ihnen bereits festgelegt worden sind. Diese Einzelbestimmungen scheinen der portugiesischen Regierung indessen noch nicht mitgetheilt worden zu sein, doch weiß man hier, daß in der Hauptsache England und Deutschland darin übereingekommen sind, daß, falls Portugal sich entschließen sollte, eine Anleihe für seine Kolonien aufzunehmen, diese Anleihe von Deutschland und England unter gleicher Betheiligung beider Länder gedeckt werden solle, gegen Verpfändung der Einkünfte der portugiesischen Kolonien in Afrika.

So weit das deutsch-englische Abkommen, welches indessen erst eine Zukunftsmusik ist. Vorläufig ist der status quo ante in Bezug auf die Delagoa-Bai noch unverändert, und es besteht seitens Portugal auch keine Absicht, eine Aenderung herbeizuführen. Das Gerücht, daß durch die Companhia de Moçambique — als Deckmantel für die englische Regierung — irgend ein Arrangement betreffs der Delagoa-Bai oder anderer Gebiete der Provinz Mozambique getroffen sei, ist wie alle anderen Versionen unbegründet. Dasselbe gilt hier von dem Gerüchte, daß das Urtheil des Schweizer Schiedsgerichts in der Mac Murdu-Affäre, wegen der von Engländern gebauten, von Portugal verstaatlichten Bahn, bereits nahezu publikationsfähig und für Portugal mit schweren finanziellen Opfern verknüpft sei, was eben den Anlaß zur Verpachtung der Delagoa-Bai gegeben habe.

Das Urtheil des Schiedsgerichts wird vielmehr voraussichtlich nicht vor Frühjahr oder Sommer des kommenden Jahres gefällt werden können, schon aus dem Grunde, weil das Schiedsgericht kürzlich von Portugal wieder einige neue Schriftstücke verlangt hat, zu deren Einreichung heute noch eine etwa sechswöchentliche Frist läuft. Betreffs des Urtheils ist man hier übrigens nicht besorgt, da das Gutachten der Untersuchungskommission, welches den betheiligten Regierungen bereits bekannt, für Portugal angeblich günstig lautet.

Der gesammte Werth des Streitobjektes ist von der Kommission nämlich nur auf etwa sechs Millionen Franken geschätzt worden. Der Einspruch des klagenden Theiles, daß der Werth der Konzession selbst ein sehr großer sei, ist von der Kommission widerlegt worden. Dieselbe bezeichnet die Konzession an und für sich für werthlos und begründet diese Sentenz damit, daß die Regierung von Pretoria es entschieden abgelehnt habe, die Transvaalbahnen mit den Mac Murdyschen Bahnen zu verbinden, weil die Konzession dem Unternehmer Tariffreiheit zugestand, und daß die südafrikanische Republik in die Angliederung ihrer Eisenbahnen an diejenigen der Konzessionäre nur unter der Bedingung einwilligen wollte, daß sich die portu-

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 41.